

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE APRIL-Mai 2025 | 21. JAHRGANG

Haushalt gerettet - Schubert angezählt

In der Potsdamer Stadtpolitik geht es hoch her: Auf der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist es gelungen, einen Haushalt zu verabschieden, der vor wenigen Wochen noch in weiter Ferne schien. Die Landschaft der Kultur- und Sozialträger atmet auf.

Zugleich sieht sich Oberbürgermeister Schubert (SPD) einem Abwahlreferendum am 25. Mai ausgesetzt. Lesen Sie mehr auf der **SEITE 3** und im **RATHAUSREPORT**.



SPSG droht mit Parkeintritt

Der Eintritt in den Potsdamer Park Sanssouci könnte ab dem kommenden Jahr Geld kosten. Der Stiftungsrat der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) entscheidet im Juni über den möglichen Parkeintritt. Die Eintrittspreise würden für Tagesgäste drei, ermäßigt zwei Euro betragen. Für Jahreskarten müssten 20 Euro, ermäßigt zwölf Euro gezahlt werden.

SEITE 2

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Mit 44 Ja-Stimmen und neun Gegenstimmen hat Potsdams Stadtverordnetenversammlung am 2. April 2025 das Bürgerbegehren zur Abwahl von Oberbürgermeister Mike Schubert (SPD) auf den Weg gebracht. Nun entscheiden die Potsdamer am 25. Mai 2025 über seine Abwahl. Ein weiterer progressiver Mehrheitsbeschluss rettet Stadt vor Sparhaushalt.

SEITEN 4 und 5



8. Mai gesamtdeutscher Feiertag ?

Der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist seit 1945 ein bedeutender Meilenstein in der deutschen und europäischen Geschichte. Es ist ein Tag des Gedenkens an die Opfer, aber auch eine Mahnung, wachsam gegenüber den Gefahren von Extremismus und Diktaturen zu bleiben. Und so sollte dieser Tag auch gesamtdeutscher Feiertag werden.

SEITE 6



Grundgesetzänderung: Blankoscheck für Aufrüstung

Dieses Ereignis ist ohne Zweifel in die Geschichtsbücher eingegangen: Innerhalb von gerade einmal sechs Tagen peitschten Union und SPD mit Hilfe der Grünen gleich drei Grundgesetzänderungen, sowie ein Sondervermögen in der Höhe von 1000 Milliarden Euro durch das alte Parlament. Das war gleich in mehrerer Hinsicht ein skandalöser Vorgang.

SEITE 7

Park Sanssouci - Eintritt für über 250 Jahre altes Welterbe?!



Friedrich der Große plante mit Sanssouci 1743 „sein Schloss“ mit der Weinbau-Terrassenanlage. Später ließ König Friedrich Wilhelm IV. den Garten zwischen Schloss Sanssouci und dem Neuen Palais erheblich erweitern. Seit Jahr und Tag steht er der Öffentlichkeit zur Verfügung. Kostenfrei auch seit ewigen Zeiten. Seit 1990 gehört der rund 300 Hektar große Park Sanssouci als Gartenkunstwerk zum Unesco-Welterbe. Seit mehr als zehn Jahren bezuschusst die Brandenburger Landeshauptstadt die Pflege der Parkanlage mit bis zu einer Million Euro jährlich aus dem städtischen Haushalt. Eintritt für den Park Sanssouci zu erheben, steht aber mindestens ebenso lange immer wieder zur Debatte. Die Stadt Potsdam muss nun Millionen einsparen und streicht ab Januar 2026 ihre Finanzierung für die Parkpflege.

Der Stiftungsrat der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) entscheidet im Juni über den möglichen Parkeintritt. Die vorgeschlagenen Eintrittspreise würden für eine Jahreskarte 20 Euro, ermäßigt zwölf Euro betragen. Für eine Tageskarte wären drei und ermäßigt zwei Euro fällig, sagte Kai Schlegel, ständiger Vertreter des Generaldirektors der SPSG, dem rbb. Eintritt sollen nur Erwachsene zahlen



müssen. Grundsätzlich haben Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sowieso freien Eintritt. An den Eingängen zum Park soll es keine Drehkreuze oder Schrankensysteme geben, sondern verstärkte Kontrollen im Park, bei denen Besuchende gebeten werden, ihr Ticket zu zeigen.

Die Linke hält seit Jahren dagegen, dass die Parks in Potsdam ein öffentliches Gut sind - das allen zugute kommen muss. Sie müssen der Allgemeinheit für eine öffentliche, verantwortungsvolle und kostenlose Nutzung zugänglich bleiben. Ein obligatorischer Eintritt in den Park Sanssouci wird von der Linken kategorisch abgelehnt. Der Park - nicht die darin befindenden Schlösser und Museen - hat eine wichtige Transit- und vor allem Erholungsfunktion. Er lädt Jung und Alt zum Entspannen und Genießen ein. Er ist ein Teil Potsdams. Darum muss der Eintritt frei bleiben! Die Stiftung wird sich mit ihren wiederholten Vorschlägen nicht sehr beliebt machen. Und es ist mindestens zweifelhaft, ob die Stiftung mit einem Eintritt gegen ihre eigene Satzung verstößt. Denn diese schreibt bisher den freien Eintritt vor. Die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger werden sich gegen diesen Vorschlag in jedem Fall zu wehren wissen.

b.m.

Mitglied werden

Mitmachen und einmischen! Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung des Reichtums und Chancengleichheit für alle ein. Kämpfe mit uns für bezahlbaren Wohnraum, einen sozial gerechten Klimaschutz und Haltung gegen Rechts!



Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ -
BERND MARTIN,
Springbruch 16,
14558 Nuthetal,
OT Bergholz-Rehbrücke.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.),
Chefredakteur; Isabelle Vandre,
Steffen Lehnert, Konstantin
Gräfe, Maria Kadenbach,
Carl Loschke, Torben Reichert

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion
/ Archiv

LAYOUT

Olaf Dettmann

TELEFON der Redaktion
0157/ 84 95 76 55

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische
Sparkasse,
Kt.-Nr.3508020699,
BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil
veröffentlicht - Redaktion/
Archiv

DRUCK Nordkurier
Druck GmbH & Co. KG

Die nächste PaS erscheint
am 19. Juni 2025

Dokumentiert: Vandre liest Schubert die Leviten

In der Debatte rund um den Abwahantrag der Stadtverordnetenversammlung am 2. April gegen Oberbürgermeister Schubert vertrat Fraktionsvorsitzende Isabelle Vandre die Position der Linken Stadtfraktion. Wir dokumentieren hier zwei Reden in redaktioneller Überarbeitung.

Nicht am Schmierentheater beteiligen

Liebe Kolleg:innen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich möchte ausdrücklich sagen, dass wir als Linksfraktion gerade in Bezug auf die Haltung gegen Neonazis gegen Rassismus immer an Ihrer Seite standen und weiterhin stehen und will sie auch sehr schätzen für diese Haltung. Und wir haben auch immer deutlich gemacht, dass wir uns nicht an einem Schmierentheater beteiligen wollen, das leider in weiten Strecken durchaus durchscheint in dieser Debatte.

Die Frage, die wir uns aber stellen müssen, ist doch: In welcher Situation befinden wir uns hier gerade in dieser Stadt? Und diese Situation ist eine, in der wir seit Monaten durch das ständige Androhen des Abwahantrages, durch die immerwährende Debatte darüber, ob Sie das Vertrauen in der Stadtverordnetenversammlung und in der Stadtgesellschaft genießen, dass wir uns gegenseitig blockiert haben und wir schlussendlich an den Punkt angekommen sind, zu sagen, wir müssen die Bürgerinnen und Bürger der Stadt entscheiden lassen. Darüber, ob Sie das Vertrauen noch haben, damit wir hier konstruktiv weiter arbeiten können. Ja, uns ist es gelungen auch in der Haushaltsdebatte, aber es war eine sehr kräftezehrende Debatte, ...um überhaupt eine Brücke herzustellen und einen Haushalt zu erhalten, der am Anfang überhaupt nicht zustimmungsfähig gewesen war.

Und zu einer gemeinsamen Grundlage gehört auch Ehrlichkeit. Und diese Ehrlichkeit habe ich auch gerade in puncto Staudenhof vermisst. Denn Sie haben vollkommen recht: Die Baukosten sind gestiegen. Aber die Baukostensteigerung hatte uns beispielsweise dazu veranlasst 2022 zu sagen: Liebe Stadtverwaltung, die Rahmenbedingungen haben sich geändert und deswegen muss es eine Neubewertung geben. Das war der Grund für unsere Abrissmutorien Nummer eins und zwei, die wir hier eingebracht haben. Beide wurden abgelehnt. Uns jetzt Baukostensteigerung vorzuhalten, finde ich tatsächlich falsch und sage deswegen: Der Staudenhof-Abriss ist und war ein Fehler! [...] Wir haben immer gesagt, es gibt gar keine Ausfinanzierung für den Wiederaufbau und auch da wurde uns entgegnet, das ist nicht so schlimm, wir schauen mal, was passiert. [...] Auch das sind alles Gründe für uns dafür, dass wir weiterhin bei diesem Abwahantrag bleiben.

Blockade auflösen

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Es ist, glaube ich, keine Überraschung, dass wir uns diesem Bürgerentscheid anschließen. Wir wollen auch noch mal betonen, dass es nicht darum geht, einen einzelnen Fehler in



den Mittelpunkt zu stellen. Es geht darum, dass in den letzten Monaten durch das fehlende Vertrauen, Entscheidungen, notwendige Entscheidungen blockiert werden und damit der eigentliche Handlungsdruck nicht wahrgenommen werden kann und Probleme nicht gelöst werden können. Aber es ist ehrlicherweise auch der Umgang und das Miteinander, das wir hier kritisieren und das thematisiert werden muss.

Wir haben leider viel zu häufig beobachtet, dass Verfehlungen, wie beispielsweise in der Führerscheinstelle, nicht aufgearbeitet und aufgegriffen wurden durch einen selbstbewussten Hauptverwaltungsbeamten, der dem diskriminierenden Verhalten ein Ende gesetzt hätte. Und vor allem haben wir aber als Stadtverordnete auch beobachten müssen, dass es häufig egal war, was wir hier beschlossen haben, weil Beschlüsse schlicht und ergreifend nicht umgesetzt wurden oder aber Argumente gefunden wurden, um sie nicht umzusetzen, sondern gesagt wurde: „Machen wir nicht“. Ich möchte nur an die Debatten um den Mittagessendeckel erinnern, wo wir einen neuen Beschluss in der neuen Stadtverordnetenversammlung brauchten, weil nicht klar gewesen sein soll, ob der zuvor gefasste Beschluss das Jahr oder Schuljahr gemeint hatte.

Das alles finde ich sehr schwierig im Umgang miteinander und diese Punkte sowie auch die Beobachtung, dass die Verwaltung in weiten Teilen häufig nicht mitgenommen wird in den Entscheidungen, haben uns dazu veranlasst, dass wir diese Blockadehaltung jetzt auflösen müssen, indem wir diesen Bürgerentscheid mittragen.

Ich möchte aber auch sagen, dass es für uns sehr wohl eine grundlegende Position ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, die ihn immerhin gewählt haben, darüber entscheiden, ob sie ihm das Vertrauen weiterhin entgegenbringen und genau diesen Weg dafür machen wir heute mit diesem Abwahantrag frei.

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam | Ausgabe April-Mai 2025

Progressive Mehrheit rettet Stadt vor Sparhaushalt

Kurz vor Weihnachten erschütterte eine Welle der Empörung die Stadtgesellschaft. Anlass dazu waren die Vorschläge der Stadtverwaltung für den Haushalt 2025. Mit diesem drohte sowohl die Rücknahme vieler wichtiger Beschlüsse der vergangenen Jahre, als auch Kürzungen bei Bildung, Kultur, Jugend und Sozialem. Für uns war von vornherein klar: Das müssen wir verhindern. Also handelten wir schnell und nahmen mit SPD, Grünen und der Fraktion DIE aNDERE Verhandlungen auf. Nach vielen Runden, der Suche nach Deckungsquellen und Debatten in den Fraktionen stand dann das Ergebnis: ein 65 Punkte umfassender Antrag, der nicht nur indiskutable Kürzungen zurücknimmt, sondern auch mehr Mittel zur Verfügung stellt. Damit konnten wir die Fortführung des von uns eingeführten Mittagessendeckels in Schulen fortführen, das Schüler:innenticket für 15€ retten, die Antidiskriminierungsstelle der Opferperspektive sichern, den CSD fördern, die Kürzungen in der Schuldnerberatungsstelle zurücknehmen, die Nachbarschaftshäuser besser fördern und viel Geld in die Kultur geben – vom Hans-Otto-Theater, über das Naturkundemuseum, bis zur Förderung der Soziokultur und der Festivals. Unsere klare Priorität war dabei die Sicherung des sozialen Zusammenhalts in unserer Stadt. Denn Kultur, Bildung und Soziales sind die Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen. Ebenfalls abwenden konnten wir zudem die Schließung der Biosphärenhalle (Foto).



Isabelle Vandre,
Fraktionsvorsitzende

Abwahl eingeleitet: Oberbürgermeister muss sich am 25. Mai den Bürger:innen stellen

Hat Mike Schubert (SPD) noch das für sein Amt als Oberbürgermeister notwendige Vertrauen der Stadtverordneten und der Bevölkerung Potsdams? Über diese Frage streiten wir seit genau einem Jahr. Zu häufig hat sie in den letzten Monaten die Lösung drängender Probleme blockiert. Diese Gründe haben auch uns dazu veranlasst den Abwahl-antrag zu unterstützen, der am 2. April durch die 2/3 Mehrheit von Linke, Grüne, CDU, FDP, Freie Wähler, BfW und aNDERE zustande gekommen ist. Nun entscheiden am 25. Mai die Bürger:innen Potsdams, ob sie noch Vertrauen in den Oberbürgermeister haben.



Fraktion
in der Potsdamer
SVV

Gegen Militarismus im öffentlichen Raum!

„Preußens Gloria“? – militärische Macht spiegelt sich schon immer im Potsdamer Stadtbild wider. Prunkvolle Fassaden erzählen von militärischen Großtaten. Für diese bezahlten Hunderttausende mit ihrem Leben.

Vor eben dieser militärischen Kulisse machte Hindenburg Hitler in einer der Potsdamer Kirchen zum Kanzler und ebnete so endgültig den Weg für die Verbrechen des NS.

In Sichtweite, auf dem einstigen Exerzierplatz, fand erst vor wenigen Tagen eine militärische Machtdemonstration im öffentlichen Raum im Beisein des Oberbürgermeisters – einem „Mayor for Peace“ – statt. Die Kommandoübergabe wurde als Teil einer „Präsenzoffensive“ mitten in Potsdam gefeiert. Gruselig in Zeiten, in denen tagtäglich über die Wiedereinführung der Wehrpflicht, Aufrüstung und die Kriegstüchtigkeit der Bevölkerung diskutiert wird.

Dass Potsdam als alte Garnisonsstadt eine besondere Stadt ist, ist uns allen bekannt. Hier hat sie nun wieder einmal die Chance Vorreiterin zu sein: Werbung für die Kriegsdienste und Rüstungsprodukte in der ehemaligen militärischen Vorzeigekulisse Potsdams erzeugen ein einseitiges, heroisierendes Bild, das die zerstörerischen Auswirkungen des Militarismus auf unsere Gesellschaft ausblendet. Unser Auftrag ist: keine Normalisierung des Militärischen im öffentlichen Raum. Stattdessen soll Potsdam für eine Zukunft stehen, in der Konflikte ohne Gewalt gelöst werden.

Tobias Woelki



BESCHLOSSEN

ÖPNV-Finanzierung sichergestellt

Nachdem er bei der letzten SVV-Sitzung noch für den Feinschliff in den HA und den KUM verschoben wurde, wird unserem gemeinsam mit Grünen, CDU und anderen eingereichter Antrag „zur Sicherstellung einer auskömmlichen ÖPNV-Finanzierung“ zugestimmt. Bis Ende 2029 ist nun sichergestellt, dass keine Kürzungen des bestehenden ÖPNV-Angebotes passieren.

Konzept für Nachtbürgermeister:in

Ebenfalls beschlossen ist der Antrag unserer Linksfraktion, dass ein Konzept für Potsdamer Nachtbürgermeister:in

erstellt wird. Die Aufgaben einer Nachtbürgermeister*in sind dabei vermittelnde: Sie soll Ansprechperson sein für alle am Nachtleben unserer Stadt Beteiligten. Die Interessen von Jugendlichen, Veranstalterinnen, Anwohnenden bis hin zu Arbeiterinnen im Schichtdienst sollen so ausbalanciert werden und ein Dialog entstehen. So können Konflikte schon ohne Beteiligung der Sicherheitsbehörden geklärt und der Bedarf an nächtlichen Einsätzen von Ordnungsamt und Polizei reduziert werden. Einige andere Städte in Deutschland haben mit so einem Konzept bereits Erfolge verzeichnet.



Potsdam war im letzten Jahr die Stadt, in der die Mieten am meisten erhöht wurden. Höchste Zeit, dass unsere Mietwucher.app auch hier an den Start geht! Mach jetzt den Test, ob du Wuchermieten zahlst.

Termine/Kontakte April/Mai 2025

Nächste Stadtverordnetenversammlung: 11. Juni 2025
15:00 Havelsaal, IHK Potsdam, Breite Straße 2A-C

Kontakt:

Carl Loschke
Fraktionsgeschäftsführung
Edisonallee 5-9, 14473 Potsdam
Mail: dielinke@rathaus.potsdam.de
Tel: 0331 289 3048

Nächste Fraktionssitzungen:

5. Mai, 12. Mai, 19. Mai, 26. Mai und 2. Juni jeweils um 18 Uhr im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3 (parteiöffentlich)

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam

Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Fraktion Die Linke; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam
E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48 Fax: 0331/289 31 19
Redaktion: Isabelle Vandré (v.i.S.d.P.),
Carl Loschke (Geschäftsführer)
Druck: Nordostdruck

April 1945 – Kriegsende und Befreiung in Potsdam

Am 14. April 1945 - ein sonniger, warmer Frühlingstag - hatten 724 Bomber der Royal Air Force Potsdam als Ziel gewählt. Innerhalb einer halben Stunde fielen 1.780 Tonnen Bomben auf die preußische Metropole, wobei 1.593 Menschen zu Tode kamen und 60.000 Menschen obdachlos wurden.

Der Krieg war längst verloren - die Rote Armee rückte bekanntlich von Norden und Süden auf Potsdam zu. Bereits am 24. April erreichten Panzerspitzen der 1. Ukrainischen Front Babelsberg. Dieser Ortsteil blieb von weiteren Zerstörungen und Kämpfen verschont - anders als die Innenstadt. Erst am 30. April waren die Kampfhandlungen in ganz Potsdam beendet.



Die Enttrümmerungsarbeiten der Stadt Potsdam hielten noch jahrelang an. Eine tragende Stütze im Wiederaufbau der Stadt Potsdam waren die „Trümmerfrauen“.

Fazit der letzten Kämpfe: In Potsdam wurden mehr als 400 sowjetische und 900 deutsche Soldaten getötet, sowie mehr als 300 Zivilisten. Von 10225 Gebäuden in der Stadt waren nur noch 5630 bewohnbar, fast 50 Prozent der historischen Bausubstanz in der Innenstadt wurde in den letzten drei Kriegswochen zerstört. Und endlich war am 8. Mai das 1000-jährige Verbrechen beendet.



Die Fahne auf dem Reichstag verkündete die Befreiung.

Der Jahrestag der Befreiung vom Faschismus ist seither ein bedeutender Meilenstein in der deutschen und europäischen Geschichte. Es ist ein Tag des Gedenkens an die Opfer, aber auch eine Mahnung, wachsam gegenüber den Gefahren von Extremismus und Diktaturen zu bleiben. In einer Zeit, in der autoritäre Bewegungen und Rassismus wieder weltweit an Bedeutung gewinnen, bleibt der 8. Mai ein bedeutender Tag, um uns an die zu erinnern, die uns auch hier in Potsdam vor 80 Jahren die Befreiung brachten - die alliierten Soldat:innen.

Erinnern heißt für uns aktiv einzutreten für eine Welt ohne Faschismus. Für eine Zukunft in Frieden. **Eine gute Gelegenheit dazu haben wir auch in Potsdam am 8. Mai 2025 auf der Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am sowjetischen Ehrenmal auf dem Bassinplatz.**

b.m.

In der Feiertagsfalle: Warum der Festtagsbraten Wirtschaft und Gesundheit schädigt - eine Glosse?

Endlich, Friedrich Merz und seinen Freund:innen aus den Chefetagen der deutschen DAX-Konzerne sei Dank, wird wieder über die wirklich wichtigen Dinge geredet: Über Feiertage oder genauer gesagt über deren übermäßige Anzahl. Wussten Sie, dass Einwohner:innen des Freistaates Bayern in katholischen Gemeinden bis zu 13 Feiertage staatlich gewollt blau machen? In evangelischen sind es übrigens nur zwölf, protestantischer Arbeitsethos und so... In Augsburg treiben es die dortigen Schwaben besonders doll: 14 Feiertage verhindern hier wirtschaftliches Wachstum! Und auch in Brandenburg werden Angestellte und Arbeiter:innen an immerhin zehn Tagen davon abgehalten, ihren Teil zu Wachstum und Wohlstand beizutragen. Da hilft nur eins: Radikales Kürzen der Feiertage!

Wie wäre es zum Beispiel, Ostermontag und den zweiten Weihnachtsfeiertag abzuschaffen. Dies führte nicht nur zu den erhofften Produktivitätssteigerungen, sondern hätte quasi als Nebeneffekt auch noch positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung: Wer diese Tage zukünftig in den trauten Wänden des Bürokomplexes oder der Fabrikhalle verbringt, entgeht der Gefahr, seine Gesundheit durch

fetten Braten zu schädigen, oder Unfälle durch das Ausüben gefährlicher Sportarten wie Skifahren zu riskieren und vermeidet zudem übermäßigen Stress durch Besuche der mäßig geliebten Verwandtschaft. Das Streichen könnte also als klassische Win-Win-Situation betrachtet werden.

Aber jetzt mal im Ernst: Wussten Sie aus welchen Grund Arbeitnehmer:innen in Deutschland am häufigsten der Arbeit verbleiben? Richtig! Nicht wegen irgendwelcher Feiertage, sondern aus Krankheit. Arbeitnehmer:innen waren im Jahr 2024 an durchschnittlich 14,8 Tagen krankgeschrieben. (Nimm das, Augsburg!) Seit 2005 steigt die Anzahl der durchschnittlichen krankheitsbedingten Fehltag kontinuierlich. Und warum? Einer der Hauptgründe ist zunehmender Stress, der sich sowohl psychisch als auch physisch bemerkbar macht. Was da helfen könnte? Mehr freie Zeit zur Erholung und Entspannung. Vielleicht reden Sie mit Ihren Verwandten beim Osterbrunch doch lieber mal über die Vier-Tage-Woche, als über alberne Vorschläge Feiertage zu streichen.

Konstantin Gräfe

Grundgesetzänderung: Blankoscheck für Aufrüstung statt notwendiger Reform

Dieses Ereignis ist ohne Zweifel in die Geschichtsbücher eingegangen: Innerhalb von gerade einmal sechs Tagen peitschten Union und SPD mit Hilfe der Grünen gleich drei Grundgesetzänderungen, sowie ein Sondervermögen in der Höhe von 1000 Milliarden Euro durch das alte Parlament. Das war gleich in mehrerlei Hinsicht ein skandalöser Vorgang: Zum einen wäre der neue Bundestag bereits handlungsfähig gewesen. Nach der Wahl des neuen Bundestages noch die Mehrheiten des alten Bundestages für eine Grundgesetzänderung zu benutzen, ist ein aus demokratischen Gesichtspunkten höchst zweifelhafter Vorgang. Zumal auch den alten Bundestagsabgeordneten kaum Zeit blieb, sich mit den Gesetzesentwürfen eingehend zu befassen. Zum anderen hatte sich Friedrich Merz im Wahlkampf noch vehement gegen neue Schulden und eine Reform der Schuldenbremse ausgesprochen. Nun hat er, noch nicht einmal zum Bundeskanzler gewählt, eine weitere 180-Grad-Wende vollzogen.

Dass sich wohl auch in den Reihen der Union langsam die Erkenntnis durchsetzt, dass die Schuldenbremse vor allem eines ist, nämlich eine Investitionsbremse, mag dabei wenig beruhigen. Denn eine grundlegende Reform der Schuldenbremse, wie sie nötig wäre, um den jahrzehntelangen Investitionsstau zu beheben, ist das Gesetzespaket eben nicht. Die Schuldenbremse wird nur punktuell angegangen. Vielmehr versteckt sich dahinter ein nie dagewesenes Aufrüstungsprogramm. Ein Blankoscheck für die neue Bundesregierung, der sogleich die Sektkorken bei den Rüstungskonzernen knallen ließ. Die sich abzeichnende Bundesregierung aus Union und SPD macht damit noch vor ihrer Vereidigung klar, was die Vorzeichen der kommenden Jahre sein werden: Wettrüsten statt Diplomatie.

Und auch die Hälfte der Mittel, die für die Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden sollen, sind trügerisch. Denn ob



die Mittel tatsächlich dazu genutzt werden um dringend notwendige Investitionen in die marode Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und echten Klimaschutz anzuschieben oder letztlich vor allem dazu da sind teure Wahlversprechen und Steuersenkungen für Superreiche und Großunternehmen zu finanzieren, muss sich erst noch zeigen. Die ersten Meldungen zum geplanten Koalitionsvertrag lassen wenig Gutes erwarten.

Notwendig bleibt eine grundlegende Reform der Schuldenbremse – und bestenfalls ihre Abschaffung. Denn nicht erst seit dem Einsturz der Dresdener Carolabrücke ist klar, wie sehr Deutschland in letzten Jahren von der Substanz gelebt hat. Für Gespräche darüber ist Die Linke bereit, für weitere Aufrüstung stehen wir nicht zur Verfügung.

Isabelle Vandre, MdB

Ereichbar auch nach der Wahl

Isabelle Vandre ist unsere Abgeordnete für Potsdam, Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf, Nuthetal, Michendorf, Schwielowsee und Ludwigfelde. Darüber betreut sie die Kreise Barnim, Uckermark, Märkisch-Oderland und Dahme-Spreewald.

Ihr Potsdamer Wahlkreisbüro finden Sie im rotblog,

Zeppelinstr. 7, Potsdam. Telefonisch erreichen Sie das Wahlkreisbüro unter 0331/ 24 37 19 29.

Das Bundestagsbüro wird zurzeit noch eingerichtet und ist per Mail an isabelle.vandre@bundestag.de für Sie erreichbar. Außerdem können Sie Isabelle Vandres Arbeit auf TikTok (@isabellevandre) und Instagram (@isabelle.vandre) verfolgen.

STOPP ARROW 3 – Keine Raketenstationierung in Ostdeutschland Ostermarsch Holzdorf | 13. April 2025 | 13:00 Uhr

In Holzdorf, an der Grenze zwischen Brandenburg und Sachsen-Anhalt, plant die Bundesregierung die Stationierung des Raketensystems ARROW 3 und den Aufbau eines militärischen Luftdrehkreuzes. Dagegen regt sich Widerstand: Die Landesverbände der Linken in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen rufen zum Protest auf.

Unsere Forderungen:

Keine Militarisierung strukturschwacher Regionen
Keine Zweckentfremdung von Strukturhilfen für Rüstung
Diplomatie statt Aufrüstung

Frieden statt Kriegstüchtigkeit

Die Bundesregierung setzt auf Eskalation statt Verhandlung – während Milliarden für neue Waffensysteme bereitgestellt werden, fehlen ernsthafte Initiativen für Frieden.

Kommt zum Ostermarsch nach Holzdorf!

Start: 13:00 Uhr, Bahnhofstraße (Wendeschleife), 06917 Holzdorf

Ziel: Fliegerhorst Holzdorf

Gemeinsam für eine friedensfähige Zukunft.

Krieg - und Frieden?

Jubiläumsausstellung zum 100. Geburtstag des Malers Bernhard Heisig im Schloss Sacrow, Potsdam

Die Sacrower Kultursaison beginnt diesen Frühling mit der Jubiläumsausstellung „Krieg und Frieden? 100 Jahre Bernhard Heisig 1925–2025“ und feiert das künstlerische Erbe von Bernhard Heisig (1925–2011), einem der bedeutendsten Maler der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die Ausstellung wird kuratiert und präsentiert von CSR.ART, und gezeigt von Ars Sacrow e.V.

Bernhard Heisig gilt als einer der Begründer und führenden Vertreter der Leipziger Schule, eine Strömung der modernen Malerei der 1970er bis 80er Jahre, die ab den 60er Jahren von überwiegend in Leipzig aktiven Malern ausging. Bernhard Heisig wird mit Hans Mayer-Foreyt, Werner Tübke und Wolfgang Matheuer zu den Gründern der Leipziger Schule gezählt.

Die Jubiläumsausstellung auf Schloss Sacrow präsentiert eine sorgfältig kuratierte Auswahl von rund 60 Gemälden aus selten gezeigten Leihgaben und Familienbesitz, sowie 100 Grafiken. Ziel der Ausstellung ist es, das Werk von Bernhard Heisig als einen Spiegel der deutschen Geschichte und ihrer künstlerischen Verarbeitung zu beleuchten. Die Ausstellungsidee will über die reine Kunstbetrachtung hinaus gehen und den Besucher:innen eine tiefe Reflexion über die moralische Verantwortung des Künstlers und Kunstschaffenden in Zeiten von Krieg und Frieden ermöglichen. Dabei wird die



Bedeutung von Kunst als Mittel der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, als Hilfe zur Entscheidungsfindung für Gegenwart und Zukunft, und als Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog hervorgehoben.

Öffnungszeiten:

26. April – 22. Juni 2025

jeweils Freitag - Sonntag von 11 - 18 Uhr

Letzter Einlass: 17:30 Uhr

Eintritt 8 Euro, ermäßigt 5 Euro

Eintritt frei für Schüler*innen



POTSDAM

11.00 Uhr Demo ab Rathaus Babelsberg

12.00 Uhr Kundgebung Neuer Lustgarten

u.a. mit

- **Mike Döding**, ver.di
- **Sebastian Rüter**, EVG
- **Jugendorganisationen** der Gewerkschaften und Parteien
- **Betriebs- und Personalrät*innen**
- **Gewinnspiel**

„Nah.Dran“ und

„Bolschewistische Kurkapelle schwarz-rot“

Für **Kinderspaß, Essen und Getränke** ist gesorgt.



KUNSTPHOTO: BERNHARD HEISIG, KUNSTPHOTO: BERNHARD HEISIG, KUNSTPHOTO: BERNHARD HEISIG



Termine April – Mai 2025

14.04.2025 - 18:00 Uhr – *rotbloq* (Zeppelinstr. 7)
AG Kommunal.Digital

14.04.2025 - 10:00 Uhr – *rotbloq* (Zeppelinstr. 7)
AG Senioren

26.04.2025 - 11:00 - 16:00 Uhr – tba - Aktivtagung

27.04.2025 - 14:00 – Treffpunkt Rathaus Babelsberg,
Radtour der Geschichtswerkstatt Rotes
Nowawes zur Befreiung Babelsbergs

28.04.2025 - 18:00 Uhr – *rotbloq* (Zeppelinstr. 7)
AG Politische Bildung

30.04.2025 - 17:00 Uhr – *Lustgarten*
DGB: Rhythm against racism Festival

07.05.2025 - 18:00 Uhr – *rotbloq* (Zeppelinstr. 7)
AG Mobilität

08.05.2025 - 17:00 – *Sowjetischer Ehrenfriedhof*
Bassinplatz, Gedenken am Tag der
Befreiung

09.05.2025 - 14:00 bis 20:00 Uhr – *Alter Markt*
Infostand beim Europafest

12.05.2025 - 10:00 Uhr – *rotbloq* (Zeppelinstr. 7)
AG Senioren

24.05.2025 - 10:00 Uhr – Die Linke Potsdam
Gesamtmitgliederversammlung

25.05.2025 Abwahlreferendum gegen
Oberbürgermeister Schubert

15.06.2025 - 13:00 bis 18:30 – Infostand beim
Stadtteilstadt Bornstedt